

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Oggersheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Donnerstag, den 20.03.2025
Sitzungsbeginn:	15:00 Uhr
Sitzungsende:	16:45 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Oggersheimer Rathauses, Schillerplatz

Anwesend waren:

Ortsvorsteherin

Sylvia Weiler

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Doris Barnett

Barbara Baur

Monika Knaul

Ursula König

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Daniel Beiner

Karin Leidig

Andreas Unger

Alexander Weih

FDP/FWG-Ortsbeiratsfraktion

Bianca Kleine-Wilde

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsfraktion

Christian Brückmann

Dr. Johannes Moeller

im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Dr. Volker Betz

Hans-Peter Eibes

Andreas Gebauer

Schriftführer/in

Gabriele Rogall-Zelt

Entschuldigt fehlten:

AFD-Ortsbeiratsmitglied

Christoph Schmitt

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Mazlum Copurkuyu

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Birgit Stauder

FDP/FWG-Ortsbeiratsfraktion

Erik Rittmann

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Außenbereichssatzung "Speyerer Straße", Information
Vorlage: 20250943
4. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Straßen-bzw. Fahrbahnschwellen im Straßenabschnitt Adolf-Diesterweg-Straße zwischen
Hans-Böckler-Straße und Heinrich-Brüning-Straße
Vorlage: 20250988
5. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Gestaltung des Spielplatzes Stadtpark Oggersheim
Vorlage: 20251015
6. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Änderung Fahrtrichtung der Buslinie 587
Vorlage: 20251001
7. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Überprüfung von herrenlosen, abgestellten Fahrrädern auf dem Schiller- und Hans-
Warsch-Platz
Vorlage: 20250989
8. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Kreuzungsbereiche im Ortsbezirk
Vorlage: 20251003
9. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Befristete Tempo 30 Zone in der Rheinhorststraße bis zur Einmündung Am Weiden-
schlag, Montag bis Freitag von 06:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Vorlage: 20250993
10. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Schutz der Grünflächen in der Mannheimer Straße
Vorlage: 20251004
11. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand zum Kita-Ausbau Altstadtplatz und zur Kita- Situation im Bereich Comenius-
zentrum
Vorlage: 20250990
12. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Sachstandsbericht Umgestaltung „Albin-Fleck-Platz“
Vorlage: 20251016

13. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Kindergärten- u. Krippenplätze
Vorlage: 20251005
14. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Taubenplage in der Wohnbebauung der Bau- und Immobiliengesellschaft Soca-Bau
Vorlage: 20250991
15. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Sachstandsbericht Memoriam-Garten auf dem Friedhof Oggersheim
Vorlage: 20251017
16. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand Sanierung der Integrierten Gesamtschule Ernst Bloch
Vorlage: 20251018

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Oggersheim war beschlussfähig.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Fragen der anwesenden Bürger

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

In Bezug auf den gerodeten Parkplatz in der Semmelweisstraße hat Frau Weiler mit der GAG telefoniert und teilt dem Gremium mit, dass die GAG auf dem Gelände den Neubau von 64 öffentlich geförderten Wohnungen plant.

Schon vor Jahren war dieser Parkplatz als zweiter Bauabschnitt angedacht. Da damals aber die Nachfrage nach Mietwohnungen nicht so groß war, wurde das Gelände als Parkplatz genutzt. Aufgrund des jetzigen Wohnungsmangels hat sich die GAG entschlossen dort eine Wohnbebauung vorzunehmen. Zum Thema barrierefreier Ausbau der Haltestelle Mannheimer Tor hat Frau Weiler auf erneute Nachfrage folgende Stellungnahme der Bereiche Tiefbau und der TWL erhalten:

Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH ist bestrebt bei Gleiserneuerungen die Beeinträchtigungen für den Fahrgast / Kunden so gering wie möglich zu halten. Bei der Vorplanung von Baumaßnahmen wird darauf geachtet, dass Synergieeffekte genutzt und Baumaßnahmen

zusammengelegt werden. Ziel dabei ist, Kosten (Schienenersatzverkehr) und Beeinträchtigungen für die Fahrgäste möglichst gering zu halten. Dies ist gerade bei Auswirkungen auf die RHB-Strecke in Richtung Bad Durkheim von besonderer Bedeutung.

Der WBL steht in intensivem Austausch mit dem Auftragnehmer der Maßnahme "Kanalsanierung Frankenthaler Straße" mit dem Ziel, dass der bisherige Zeitplan für die Maßnahme "Haltestelle Mannheimer Tor" eingehalten werden kann.

Die angekündigten Arbeiten der TWL werden nicht vorlaufend durchgeführt, sondern im Rahmen der Gesamtmaßnahme, um die Beeinträchtigungen für die Anwohner möglichst gering zu halten.

Frau Weiler fragt bei der WBL nochmal nach, ob angedacht ist, beide Projekte gleichzeitig durchgeführt werden.

Der Ausbau der Orangeriestraße und der Rosenwörthstraße ist in der Planung und wird zu gegebener Zeit im Ortsbeirat vorgestellt.

Der Vorschlag von Herrn Rittmann (FDP), das Sitzungsprotokoll nur noch digital zu versenden bzw. einzusehen, wurde mit 2 Gegenstimmen vom Gremium abgelehnt.

Zur Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion „Rückbau und Neubau der Sporthalle an der Adolf-Diesterweg-RS plus“ in der OBR Sitzung am 21.11.2024, nahm die Verwaltung nachträglich wie folgt Stellung:

Die Bedarfsplanung ist aufgrund geänderter Vorgaben durch den Bereich Schulen (3-13) noch nicht abgeschlossen.

Eine Vorstellung des Projekts wird daher in der Ortsbeiratssitzung am 20.03.2025 nicht möglich sein. Wir werden erneut unaufgefordert auf Sie zukommen und das Projekt zu einem geeigneten Zeitpunkt im weiteren Projektfortschritt entsprechend vorstellen.

Herr Dr. Moeller macht darauf aufmerksam, dass auf die besondere Dringlichkeit erneut nicht eingegangen wurde.

Zur Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion „Sachstand Fußweg entlang des Friedhofs“ in der OBR-Sitzung am 23.01.2025, nahm die Verwaltung wie folgt Stellung:

Wir haben uns mit der Angelegenheit befasst und können hierzu folgendes mitteilen:

Entsprechend der aktuellen haushälterischen Vorgaben sind neue Verkehrsverbindungen - ungeachtet dessen für welche Verkehrsart - nicht als unabweisbar anzusehen. Aus diesem Grund kann die Fußwegverbindung entlang des Oggersheimer Friedhofs derzeit nicht qualifiziert hergestellt werden. Die Verwaltung befindet sich jedoch in Abstimmungen mit den zuständigen Stellen, um neue Verkehrsinfrastrukturen künftig evtl. doch ermöglichen zu können.

zu 3 Außenbereichssatzung "Speyerer Straße", Information

Herr Babelotzky und Frau Münzner, vom Bereich Stadtplanung, informieren über die Außenbereichssatzung „Speyerer Straße“.

Der Satzung wurde vom Ortsbeirat einstimmig zugestimmt.

**zu 4 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Straßen-bzw. Fahrbahnschwellen im Straßenabschnitt Adolf-Diesterweg-
Straße zwischen Hans-Böckler-Straße und Heinrich-Brüning-Straße**

Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion zur OBR-Sitzung am 20. März 2025

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion stellt den Antrag, in dem Straßenabschnitt Adolf-Diesterweg-Straße zwischen Hans-Böckler-Straße und Heinrich-Brüning-Straße mindestens eine Straßen- bzw. Fahrbahnschwelle anzubringen.

Begründung:

An dem oben bezeichneten Straßenabschnitt befindet sich der rückwärtige Eingang zum Friedhof Oggersheim und der Eingang zu einer Kindertagesstätte.

Seitdem in der Adolf-Diesterweg-Straße und nördlich des Oggersheimer Friedhofs weiterer Wohnraum geschaffen wurde, hat der Automobilverkehr in diesem Straßenbereich erheblich zugenommen. Dabei muss aufgrund etlicher Anwohnerberichte festgestellt werden, dass die Autofahrer, die von der Dürkheimer Straße in Richtung Neubaugebiet (Heinrich-Brüning-Straße) und umgekehrt von dort in Richtung Dürkheimer Straße fahren, spätestens ab der Einmündung der Hans-Böckler-Straße in die Adolf-Diesterweg-Straße nicht mehr mit dem vorgeschriebenen Tempo 30 km/h fahren, sondern häufig erheblich beschleunigen und somit eine nicht unerhebliche Gefahr für fahrbahnquerende Fußgänger, erst recht Kinder, darstellen.

Mit einer Fahrbahnschwelle in Höhe des Eingangs zum Friedhof und vor der Kindertagesstätte (wie z.B. in der Comeniusstraße) könnte diese Gefahrenquelle beseitigt werden, ohne in den fließenden Straßenverkehr unnötig einzugreifen.

Eine Vielzahl entsprechender Bitten und Anregungen aus der Bevölkerung liegen Ortsbeiratsmitgliedern schon seit längerer Zeit vor.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wir bedanken uns für die vorgebrachte Anregung zur Installation einer Fahrbahnschwelle in der Adolf-Diesterweg-Straße, insbesondere in Höhe des Eingangs zum Friedhof Oggersheim sowie vor der Kindertagesstätte.

Um eine Entscheidung treffen zu können, führt die Verkehrsplanung (Dez. 4) eine Messung mit Seitenradarzahlgeräten durch. Diese Erhebung umfasst die Ermittlung der Fahrzeugmengen sowie der Geschwindigkeit der Fahrzeuge in dem betroffenen Bereich – jedoch anonym. Die Messung kann jedoch nur durchgeführt werden, wenn die technischen Voraussetzungen für eine Befestigung des Gerätes gegeben sind. Dies wird noch vor Ort geprüft.

Erst nach Auswertung der erfassten Daten wird es möglich sein, eine objektive Einschätzung über den tatsächlichen Bedarf für Maßnahmen wie beispielsweise die Installation von Bodenschwellen oder anderen verkehrsberuhigenden Maßnahmen vorzunehmen.

Wir bitten daher um Geduld, bis die entsprechenden Analysen abgeschlossen sind. Selbstverständlich werden wir die Ergebnisse in die weitere Planung einfließen lassen und nachträglich über möglichen Maßnahmen die Ortsvorsteherin informieren.

Der Ortsbeirat hält auch eine Aufpflasterung für eine Alternative, sollten Fahrbahnschwellen nicht möglich sein.

zu 5 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Gestaltung des Spielplatzes Stadtpark Oggersheim

Antrag der CDU Ortsbeiratsfraktion – Gestaltung des Spielplatzes Stadtpark Oggersheim

Die Verwaltung möge die Möglichkeiten zur Neugestaltung und Ertüchtigung des Spielplatzes im Stadtpark Oggersheim (LP. Nr. 108) prüfen.

Begründung:

Auf dem Spielplatz im Stadtpark befindet sich mittlerweile nur noch ein einzelnes Schaukelpferd als Spielgerät. Gut ausgestattete und beispielbare Spielplätze sind wesentliche Bestandteile einer kinder- und familienfreundlichen Kommune. Sie tragen maßgeblich zur gesunden Entwicklung von Kindern bei. Insbesondere fördern sie die motorische, soziale und kognitive Entwicklung von Kindern. Ferner dienen Spielplätze auch als Treffpunkt für junge Familien im Stadtteil und stärken das nachbarschaftliche Miteinander.

Aus Sicht der CDU-Ortsbeiratsfraktion sind Mittel zur Neugestaltung, zum Erhalt und Ertüchtigung von Spielplätzen auch unabweisbar. Es gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge Spielplätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen. Zumindest indirekte gesetzliche Pflichten lassen sich aus § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB (Aufstellung von Bebauungsplänen) sowie § 1 i.V.m. § 79 SGB VIII (Recht von Kindern auf Förderung ihrer Entwicklung) ableiten. All das kann eine Unabweisbarkeit begründen.

Die CDU-Ortsbeiratsfraktion regt darüber hinaus an, mögliche Fördermittel von Land oder Bund zu prüfen und alternative Finanzierungsmodelle (z.B. Sponsoring) in Betracht zu ziehen.

Stellungnahme Bereich Umwelt:

Der für die Anlage, Entwicklung und Finanzierung zuständige Bereich Umwelt, hier insb. die Abteilung Freiraumplanung und Grünconsulting, kann Ihre Begründung zur Einforderung qualifizierter Spielplätze im öffentlichen Raum vollumfänglich unterstützen. Gleichwohl erleben wir steigenden Druck zur Haushaltskonsolidierung und müssen Investitionen künftig stärker priorisieren und auch die Unterhaltungskosten stärker im Blick behalten. Diese lassen sich nämlich nie über Förderprogramme entschärfen.

Der von Ihnen vorgeschlagene Spielplatz im Stadtpark ist/war für Kleinkinder ausgestattet. Allerdings wohnen hier im Einzugsbereich (Radius für Kleinkinder = 100 m) keine Kleinkinder, da die Bebauung weiter entfernt liegt.

Es wäre hier also zu überlegen, ob man diesen Kleinkindspielplatz gänzlich aufgibt und alternativ in den Spielplatz Thomas-Mann Str. oder Fröbelstraße investiert. Hier wohnen deutlich mehr Kinder in der unmittelbaren Umgebung.

Diese Ideen konnten in der Kürze der Zeit noch nicht mit der Jugendförderung besprochen werden. Dies ist noch nachzuholen.

Eine mögliche Finanzierung über Fördermittel muss ebenfalls intensiv geprüft werden. Der Ortsbeirat stimmt dem Antrag zu, ist aber mit der Stellungnahme nicht einverstanden. Es ist festzuhalten, dass der Ortsbeirat es als sinnvoll erachtet den Spielplatz im Stadtpark Oggersheim weiterhin zu erhalten.

zu 6 Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Änderung Fahrtrichtung der Buslinie 587

Antrag auf Änderung der Fahrtrichtung der Buslinie 587

Seit Sommer 2021 fährt die Buslinie 587 von Mutterstadt über die K 3 kommend in die Mannheimer Straße und hält am Mannheimer Tor und am Hans-Warsch-Platz. Sie biegt dann rechts ab über den Buschweg in die Prälat-Caire-Straße, die sie ohne Halt am Bahnhof Oggersheim bis zur Haltestelle Zum guten Hirten durchfährt, bevor sie wieder auf die K 3 Richtung Mutterstadt zurückfährt.

Wir beantragen die Änderung der Fahrtrichtung der Buslinie 587 in Oggersheim von der K 3 aus Mutterstadt kommend rechts in die Mannheimer Straße, dann links über die Prälat-Caire-Straße, von dort weiter über den Buschweg über den Hans-Warsch-Platz und weiter über die Mannheimer Straße zur K 3 zurück nach Mutterstadt.
mit folgenden Haltestellen:

- Zum guten Hirten
- Bahnhof Oggersheim
- Hans-Warsch-Platz

In ihrer Stellungnahme im Dezember 2021 hat der Bereich Stadtplanung dargelegt, dass die Buslinie 587 in der Aufgabenträgerschaft des Rhein-Pfalz-Kreises liegt. Die Linienführung auf dem Gebiet der Stadt Ludwigshafen verantwortet jedoch die Verwaltung der Stadt. Die Buslinie dient nicht nur den Bürgern und Bürgerinnen des Rhein-Pfalz-Kreises, sie stellt auch für Stadtbürger und Stadtbürgerinnen eine schnelle Verbindung nach Mutterstadt und weiter in Richtung Deidesheim her.

Um einen Halt unmittelbar vor dem Bahnhof Oggersheim zu ermöglichen, muss die Buslinie aus der Mannheimer Straße links in die Prälat-Caire-Straße abbiegen. Entgegen der Ansicht der Verwaltung halten wir es für möglich, mit einer LSA-Beeinflussung in der Mannheimer Straße und einer etwas rückversetzten Halteposition an der Haltestelle „Zum guten Hirten“ links in die Prälat-Caire-Straße einzubiegen. Auch an Bushaltestellen mit Sägezahn-Aufstellung ist es möglich, dass die Busse nach dem Halt in engem Kurvenradius die Haltestelle verlassen. Das sollte also auch beim Verlassen der Haltestelle „Zum guten Hirten“ möglich sein. (A im Bild). Eine Behinderung des nachfolgenden Verkehrs kann durch eine entsprechende Steuerung der LSA-Beeinflussung ausgeschlossen werden.

Alternativ wäre auch ein Halt nach dem Einbiegen in die Prälat-Caire-Straße denkbar, der aber ungünstiger für den Umstieg von und zur Stadtbahn liegt (B im Bild).

Begründung:

1. Nach wie vor wird der Oggersheimer Bahnhof nur unzureichend mit dem Halt am Mannheimer Tor bedient. Das ist fahrgastunfreundlich.
2. Im Berufsverkehr steht der Bus über mehrere Ampelphasen vor der Linksabbiegerampel aus der Mannheimer Straße auf die K3 im Stau und kann dadurch den eng bemessenen Fahrplan nicht einhalten. Dadurch gehen die Umsteigebeziehungen in Mutterstadt und Limburgerhof verloren.

Stellungnahme Bereich Stadtplanung:

Wie bereits in der Stellungnahme zum Ortsbeirat 02.12.2021 dargelegt, liegt die Buslinie 587 nicht in der Zuständigkeit der Stadt Ludwigshafen, sondern in der Aufgabenträgerschaft des Rhein-Pfalz-Kreises. Die Festlegung der Linienführung und des Fahrplans sowie die Finanzierung dieser Linie erfolgen durch den Rhein-Pfalz-Kreis im Sinne und zum Nutzen derer Bürger*innen. Die Verwaltung hat daher den Rhein-Pfalz-Kreis um eine Stellungnahme gebeten und folgende Antwort erhalten:

Wie bereits vor vier Jahren bezüglich derselben Thematik (Anfahrriichtung des Bahnhofes Oggersheim) dargelegt, ist der Halt bei Beibehaltung der Fahrtrichtung unmittelbar am Bahnhof nur möglich, wenn dort eine Haltestelle eingerichtet würde. Ebenso wird eine Änderung der Fahrtrichtung (zur Erreichung eines Bushaltes der Linie 73 unmittelbar am Bahnhof) nicht kategorisch ausgeschlossen. Doch zeigt sich in der Gesamtschau, dass die Nachteile und der technische Aufwand, um diese Fahrtrichtung zu realisieren, die Vorteile überwiegen:

- Es existiert bereits heute ein Halt am Bahnhof, nämlich die Haltestelle Mannheimer Tor. Der Laufweg beträgt rd. 300 Meter zum Bahnhof. Unseren Bürgern haben wir diese Anbindungsweise so kommuniziert und haben bislang keine diesbezüglichen Beschwerden erhalten.

- Ein LSA gestützter Linksabbiegevorgang in die Prälat Caire Straße, wie in der Anfrage vorgeschlagen, erscheint uns problematisch. Der technische und finanzielle Aufwand dieser Schaltung steht in einem ungünstigen Verhältnis zur Fahrgastzahl. Der Linksabbiegerstreifen auf der Mannheimer Straße ist so kurz, dass ein Bus (von aktuell 12 Meter Länge, der auf dieser Linie zum Einsatz kommt) in der rush hour nicht sicher auf diesen Fahrstreifen gelangt, was zur Folge hätte, dass er einen der beiden „Geraudeaus – Streifen“ blockiert (die vom Bus induzierte Rotphase zum Erreichen des Linksabbiegers wäre ja nicht mit den Ampelphasen der Kreuzungsampeln gekoppelt).

- Der Bus kommt zur Minute .18 am Bahnhof Oggersheim-Mannheimer Tor an. Richtung Ludwigshafen fährt 14 Minuten später die S-Bahn, was Zeit genug gibt, den Zug vom Mannheimer Tor aus zu erreichen.

Es freut uns, dass die Linie 587 auch von den Bürgern der Stadt genutzt und als potentiell attraktiv gesehen wird. Insbesondere diese Gruppe dürfte weniger den Focus auf den Bahnhofanschluss als die Anbindung Richtung Süden/Mutterstadt haben und demzufolge mit der aktuellen Bedienungsweise -insofern- zurechtkommen.

Wir als Stadtverwaltung schließen uns den Argumenten des Rhein-Pfalz-Kreises an. Es ist zu ergänzen, dass

- eine zusätzliche Bushaltestelle am Bahnhof Oggersheim in Gegenrichtung aufgrund der Örtlichkeit dort nicht möglich bzw. nur mit erheblichem Aufwand verbunden ist.
- eine Änderung bzw. Erweiterung der Signalsteuerung am Knoten Mannheimer Straße/Prälat-Caire-Straße z.B. durch die notwendige signaltechnische Einbindung der Stadtbahn technisch sehr aufwändig, mit baulichen Maßnahmen verbunden und damit sehr kostenintensiv ist.
- ein neuer Halt in der Prälat-Caire-Straße nach dem Abbiegen für die Erreichbarkeit der BGU oder für einen Umstieg in die Stadtbahn sehr ungünstig liegen würde.
- mit der Linie 73 im 30-Minuten-Takt bereits eine Verbindung zwischen dem Bahnhof Oggersheim und dem Stadtteil vorhanden ist.

Insgesamt ist der dargestellte Aufwand für eine einzige im Stundentakt verkehrende Buslinie und der zu erwartende eher geringe Nachfrage nicht gerechtfertigt. Somit kann der beantragten Linienwegänderung fachlich nicht zugestimmt werden.

zu 7 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Überprüfung von herrenlosen, abgestellten Fahrrädern auf dem Schiller- und Hans-Warsch-Platz

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion stellt den Antrag zur Überprüfung des Schiller- und Hans-Warsch-Platzes auf herrenlose abgestellte Fahrräder, sowie Fahrradteile.

Begründung:

In dem genannten Bereich, der öffentlich frei zugänglich ist, fällt auf, dass seit mehreren Jahren bestimmte Fahrräder oder Teile davon dauerhaft stehen und trotz Schloss nicht mehr bewegt werden. Da es immer die gleichen Räder sind, jedoch deren früherer Nutzer kein Interesse mehr daran hat, rosten sie still vor sich hin. Sie blockieren jedoch für andere Personenkreise, die einen freien Fahrradständer suchen, jede Möglichkeit.

Deshalb bitten wir die Verwaltung um eine Überprüfung der dortigen Flächen und Ständer, auch wenn diese eventuell nicht mehr zum städtischen Betreuungsbereich gehören sollten. Uns ist bekannt, dass Fahrräder, die angeschlossen sind, aus rechtlichen Gründen nicht ohne weiteres entfernt werden dürfen. Deshalb sollte die Stadt eventuell einen Hinweis an den Nutzer/ Eigentümer geben, so wie dies bei widerrechtlich abgestellten Fahrzeugen im öffentlichen Raum geschieht. Dass das Vehikel nach einer Frist entfernt wird.

Stellungnahme Bereich Umwelt:

Zur Vorgehensweise und Rechtslage nachfolgend einige Informationen bzgl. Schrottfahrrädern:

Fahrräder können gemäß § 16 Landeskreislaufwirtschaftsgesetz (LKrWG) entfernt werden, wenn es sich um Abfall handelt. Ein solcher liegt vor, wenn sich das Fahrrad in einem derart schlechten Zustand befindet, dass es nicht mehr gebrauchts- und auch nicht mehr reparaturwürdig ist. Letzteres liegt

vor, wenn eine Reparatur derart aufwändig und kostenintensiv ist, dass sie erkennbar außer Verhältnis zum Restwert des Fahrrades steht.

Eine Einstufung von Fahrrädern als Abfall sollte nur in eindeutigen Fällen erfolgen und dokumentiert werden. Handelt es sich danach um Abfall, liegt eine rechtswidrige Entsorgung von Abfällen gemäß § 16 Abs. 1 LKrWG vor, zu deren Beseitigung der Verursacher verpflichtet ist. Dieser ist mit zumutbarem Aufwand zu ermitteln. Im Einzelfall mag dies anhand eines Namensschildes oder der Rahmennummer des Fahrrades möglich sein. Die Ermittlungsmaßnahmen sind zu dokumentieren.

Da sich in den meisten Fällen trotz Ermittlungsmaßnahmen jedoch keine Hinweise auf den Eigentümer finden lassen, werden von unserem Abfallvollzugsdienst Aufkleber an den Fahrrädern angebracht. Darauf ist eine Frist angegeben, bis zu der das Fahrrad vom Eigentümer/Besitzer zu entfernen ist. Nach erfolglosem Fristablauf wird dem Entsorgungsbetrieb ein Auftrag zur Entsorgung der Schrottfahrräder als Abfall erteilt.

Wir weisen darauf hin, dass es Anhaltspunkte für die Einstufung eines Fahrrades als Abfall geben muss. Fahrräder, die - aufgrund ihrer Art und Weise, wie sie z.B. angeschlossen oder abgestellt wurden - als störend empfunden werden oder Privatrecht tangieren, stellen keinen Abfall dar und können auch nicht zur Entsorgung freigegeben werden.

Der Abfallvollzugsdienst wird am Schiller-/Hans-Warsch-Platz Kontrollen durchführen, die Fahrräder bewerten und wie oben beschrieben vorgehen. Voraussetzung für eine Entsorgung ist jedoch, dass es sich um Schrottfahrräder und damit um Abfall handelt.

zu 8 Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Kreuzungsbereiche im Ortsbezirk

Zur Wahrung der Verkehrssicherheit und zur Erreichbarkeit durch die Rettungsdienste beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Oggersheim, Kreuzungsbereiche im Zentrum Oggersheims wirksam freizuhalten.

Begründung:

Im eng bebauten Zentrum Oggersheims werden Kreuzungsbereiche über die Jahre zunehmend zugeparkt, d.h. die gesetzlich geforderten Mindestabstände werden häufig unterschritten. Gründe dafür sind:

- Die generelle Zunahme des Fahrzeugbestandes
- Die widerrechtliche Privatnutzung gewerblicher Fahrzeuge
- Die zunehmende Rücksichtslosigkeit gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern
- Die Ignoranz hinsichtlich der Erreichbarkeit durch die Rettungsdienste
- Die kostenlose Nutzung des öffentlichen Raums zum Parken trotz vorhandener privater Parkmöglichkeiten
- Die Einfachheit des Abstellens von KfZ im öffentlichen Raum gegenüber der Nutzung privater Parkmöglichkeiten

Die Standardwege, um diese Missstände zu beheben sind:

- Meldungen falsch geparkter Fahrzeuge an die städtische Verkehrsüberwachung
- Privatanzeigen an die städtische Verkehrsüberwachung über die gängigen Meldeportale

Die Standardwege verloren über die Jahre an Wirkung aus den oben genannten Gründen und weil die Ressourcen in der städtischen Verkehrsüberwachung nicht ausreichen.

Um weiterhin eine Erreichbarkeit aller Straßen für Rettungsdienste zu gewährleisten, werden nun weitergehende Maßnahmen nötig, die Kreuzungsbereiche im eng bebauten Zentrum Oggersheims frei zu halten.

Als ersten Schritt beantragen wir daher, die gesetzlich freizuhaltenen Kreuzungsbereiche an besonders beeinträchtigten Kreuzungen mit Hilfe von Grenzmarkierungen (Zeichen 299 / Zickzacklinie) zu kennzeichnen. Dies ist insbesondere (aber nicht nur dort) notwendig an den Kreuzungen der Schillerstraße mit ihren Seitenstraßen im Ortszentrum bis zur Elisabethenstraße, der Poststraße im gesamten Verlauf, der Niedererdstraße im Ortszentrum bis zur Dalbergstraße und der Siebenpfeifferstraße.
Stellungnahme Bereich Straßenverkehr:

Grundsätzlich sind alle Kreuzungsbereiche im Stadtgebiet gemäß der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) korrekt und verkehrssicher eingerichtet. Auch die straßenverkehrsrechtlichen Regelungen sind grundsätzlich auf die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten abgestimmt, sodass die Einhaltung der Verkehrssicherheit in vollem Umfang gewährleistet sein muss.

Lediglich die Nicht-Einhaltung der Vorschriften – die letztendlich zu Ordnungswidrigkeiten führt – kann zur Gefährdung der Sicherheit im öffentlichen Verkehrsraum führen.

Die Anbringung von ergänzenden Zickzacklinien in Kreuzungsbereichen ist deshalb als eine sogenannte „Doppelbeschilderung/-markierung“ zu werten und lt. StVO grundsätzlich nicht zulässig. Insbesondere in schmalen oder engen Straßenbereichen, in denen das Parken bereits eingeschränkt oder gar nicht vorgesehen ist, könnte eine solche Markierung missverstanden werden und in der Praxis dazu führen, dass angenommen wird, legales Parken sei nach der Markierung zulässig.

Die pauschale Forderung der Zickzacklinie an sämtlichen Kreuzungsbereichen ist deshalb nicht zielführend und aus verkehrsrechtlicher Sicht nicht sinnvoll.

Jede Entscheidung zur Anbringung von Verkehrszeichen muss in enger Abstimmung mit den örtlichen Gegebenheiten und im Rahmen einer Einzelfallbewertung getroffen werden.

Der Ortsbeirat merkt an, dass das Problem hauptsächlich nachts in der Zeit von 19 bis 7 Uhr besteht, und daher in dieser Zeit kontrolliert werden sollte.

**zu 9 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Befristete Tempo 30 Zone in der Rheinhorststraße bis zur Einmündung Am
Weidenschlag, Montag bis Freitag von 06:00 Uhr bis 18:00 Uhr**

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion stellt den Antrag, in der Rheinhorststraße bis zur Einmündung in die Straße Am Weidenschlag das Tempo 30 von Montag bis Freitag auf die Zeit von 06:00 Uhr bis 18:00 Uhr zu befristen.

Begründung:

Dieser Straßenabschnitt von ca. 800 m wird von Kleinkindern und Schulkindern und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gemeinschaftswerkes für Menschen mit Behinderung von Montag bis Freitag genutzt, und zwar in den üblichen Kita-, Schul- bzw. Gemeinschaftswerk-Öffnungszeiten. Danach gibt es keinen Publikumsverkehr mehr, so dass die Geschwindigkeitsbegrenzung für diesen Streckenabschnitt abends ab 18:00 Uhr bis zum nächsten Morgen 06:00 Uhr und an Samstagen, Sonn- und Feiertagen entfallen kann, ohne eine Gefährdung darzustellen.

Ab dem Kurvenbereich, in dem die Straße „Am Weidenschlag“ beginnt, ist die Geschwindigkeitsbeschränkung „30 km/h“ beizubehalten, weil dort Fußgänger die Straße queren. Ab diesem Streckenteil findet ständiger Fußgängerverkehr in der Siedlung Notwende statt, während er in der Rheinhorststraße nur zu den Zeiten stattfindet, in denen die dort angesiedelten Gewerbe, aber auch Kitas und Schulen geöffnet sind.

Entsprechende zeitlich befristete Geschwindigkeitsbeschränkungen finden sich in der Stadt, aber auch in Gemeinden außerhalb Ludwigshafens.

Stellungnahme Bereich Straßenverkehr:

Die Rheinhorststraße ist ab der Hausnummer 26 in Fahrtrichtung Am Weidenschlag seit 1990 Bestandteil einer Tempo-30-Zone.

Davor war in diesem Bereich bereits „30“ als Streckengeschwindigkeit angeordnet, auch ohne zeitliche Begrenzung.

In diesem Teilbereich der Rheinhorststraße ist eine Vermischung zwischen Wohnen und Handwerk bez. Wohnen und Handel/Dienstleistung gegeben. Außerdem sind dort Werkstätte für Behinderte, die Förderschule „Georgens-Schule“ (aufgrund von Sanierung aktuell nicht belegt), dahinter die Karl-Kreuter-Schule, der Förderkindergarten, die Kindertagesstätten, die Kirche und es beginnt dort die Hochhausbebauung Am Weidenschlag. Somit sind seit 1990 die Voraussetzungen für eine Tempo-30-Zone bis zum heutigen Tage erfüllt. Zusätzlich ist am 11.10.2024 die Neufassung der Novelle der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) in Kraft getreten. Ein Punkt ist hier gem. § 45 Abs. 9 StVO die erleichterte Einführung einer Tempo-30-Zone, auch ohne eine qualifizierte Gefahrenlage an Fußgängerüberwegen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Förderschulen etc..

Durch die genannten Punkte und nachdem die Beschilderung nun seit Jahrzehnten vorhanden ist, und sich objektiv beurteilt, nichts verändert hat, der Fahrzeugverkehr eher zugenommen hat, gibt es keine Verkehrsgrundlage die Beschilderung in Streckengeschwindigkeit 30 und Zeitzusatz zu ändern. Gemäß der Aufstellung wird der Antrag negativ gestimmt. Dem Antrag wird mit 2 Gegenstimmen zugestimmt.

zu 10 Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Schutz der Grünflächen in der Mannheimer Straße

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Oggersheim beantragt den mechanischen Schutz der Grünflächen in der Mannheimer Straße. Die Grünflächen werden durch abgestellte Fahrzeuge zerstört.

Begründung:

Insbesondere auf der nördlichen Straßenseite zwischen den Einmündungen der Saarburger Straße und Prälat-Caire-Straße werden die Grünflächen zum Parken missbraucht. Um dies zu unterbinden, wurden in den letzten Monaten wiederholt mindestens zehn Mal jeweils mehrere in der Grünfläche abgestellte Fahrzeuge an die Verkehrsüberwachung gemeldet. Weiterhin wurden Privatanzeigen gegen diesen Missstand über das städtische Portal gestellt. Diese Maßnahmen waren wirkungslos, um den Zustand falsch geparkter Fahrzeuge in den Grünflächen abzustellen.

Um die Grünflächen wirksam vor Zerstörung durch abgestellte Fahrzeuge zu schützen, kommt daher nur noch ein mechanischer Schutz z. B. durch große Findlinge o. ä. in Frage.

Stellungnahme Bereich Grünflächen und Friedhöfe:

4-21 wird in Absprache mit 2-15 die lose auf den Grünflächen im Bereich der Stellplätze verlegten Platten entfernen und die Parkflächen verbreitern. Der Grünstreifen entlang der Mannheimer Straße kann sowohl von der Straße als auch vom Gehweg aus befahren werden.

Der mechanische Schutz wäre sehr aufwendig, da man den Schutz von beiden Seiten her aufbauen müsste. Wir wollen die Fläche mit Sträuchern und Bodenecker so bepflanzen, dass die Bepflanzung ein Befahren erschwert bzw verhindert.

Die Fraktion schlägt vor, anstelle eines aufwändigen mechanischen Schutzes Baumstämme oder Findlinge zu verwenden.

**zu 11 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand zum Kita-Ausbau Altstadtplatz und zur Kita- Situation im Bereich Comeniuszentrum**

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion stellt die Anfrage zum Kita-Ausbau Altstadtplatz (ehemals Kegelcenter) und zur Kita- Situation im Bereich Comeniuszentrum.

Begründung:

Vor geraumer Zeit wurde dem OBR- Oggersheim eine Umwandlung des ehemaligen Gebäudes und Grundstücks des Kegelcenters am Altstadt-Platz durch einen Unternehmer vorgestellt. Des Weiteren stellt sich für unsere Fraktion die Frage, wie es weiter geht mit der Kinderbetreuungssituation im Bereich des Comeniuszentrum. Auch hier war die letzte Info aus 2023.

Da wir nichts mehr gehört oder in der Presse hierzu gelesen haben, möchten wir Auskunft zum Sachstand von der Verwaltung. Sind die Projekte noch aktuell und, oder gibt es Gründe bei beiden Örtlichkeiten für eine Stagnation?

Es ist reichlich bekannt, dass die Betreuungskapazitäten und entsprechende Räumlichkeiten in Ludwigshafen für alle Altersgruppen fehlen.

Bitte geben Sie uns zu beiden Bereichen detaillierte Auskünfte.

Stellungnahme Bereich Kindergärten:

Das ehemalige Kegelcenter soll in eine Kita mit 125 Ü2-Plätzen umgebaut werden. Bauherr und Eigentümer ist die Altstadtplatz GmbH.

Die Kita soll von der Stadt Ludwigshafen angemietet und betrieben werden.

Für das Projekt wurde beim Landesjugendamt ein Zuschuss in Höhe von 1.062.500 Euro beantragt. Dieser Zuschuss wird an den Vermieter ausgezahlt und auf den Mietpreis 20 Jahre lang anteilig angerechnet.

Mit Schreiben vom 28.02.2025 hat das Landesjugendamt den Vorzeitigen Maßnahmebeginn genehmigt.

Die Baumaßnahmen können somit beginnen.

Die Übergabe des Projekts soll 2026/2027 erfolgen.

Um die Verkehrssicherheit kontinuierlich zu verbessern, haben wir Ihre Anfrage zum Anlass genommen, die Polizei bezüglich der Unfallstatistik in Kreuzungsbereichen insbesondere im Stadtteil Oggersheim zu hören. Sollte sich daraus entsprechender Handlungsbedarf ergeben, werden wir selbstverständlich die notwendigen verkehrsrechtlichen Maßnahmen ergreifen.

In erster Instanz sollte somit der Fokus auf die regelmäßige Überwachung durch die Kolleg*innen des Bereichs 2-14/Ruhender Verkehr gelegt werden und ggfls. zusätzlich die Schaltung von Privatanzeigen das Mittel der Wahl sein.

zu 12 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Sachstandsbericht Umgestaltung „Albin-Fleck-Platz“

Die CDU-Ortsbeiratsfraktion bittet um einen Sachstandsbericht zur Umgestaltung des „Albin-Fleck-Platzes“ vor der Trauerhalle sowie des angrenzenden Parkplatzes.

Stellungnahme Bereich Tiefbau:

Aufgrund von personellen Engpässen (Elternzeit bzw. längerer krankheitsbedingter Ausfall) und Schwierigkeiten mit unserem CAD-Programm konnte die bereits im Ortsbeirat vorgestellte Planung noch nicht überarbeitet werden. Es ist vorgesehen die überarbeitete Planung in einer der nächsten Ortsbeiratssitzungen zu präsentieren.

zu 13 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Kindergärten- u. Krippenplätze

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Oggersheim hat zur Kindergarten- u. Krippenplätzen folgende Fragen:

- Wie sieht derzeit die Versorgung mit Kindergarten- u. Krippenplätzen in Oggersheim aus? Wie viele Plätze fehlen? Wie viel Personal fehlt? Wie viele Gruppen sind nicht besetzt?
- Wie sieht es mit geplanten Neubauten in Oggersheim aus? So an den städtischen Standorten Will-Sohl-Straße und Paracelsusstraße, dem kirchlichen Standort Comeniuszentrum und dem privaten Standort Kegelzentrum am Altstadtplatz.
Wie weit sind hier die Planungen, wann ist mit dem Bau und den Eröffnungen zu rechnen?

Begründung:

Die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Kindergarten- und Krippenplätzen ist wesentlich für einen attraktiven Stadtteil. Eine vorausschauende Planung ist daher wichtig und notwendig.

Wir bitten um mündliche und schriftliche Beantwortung, mündlich wenn möglich im Bericht der Verwaltung.

Stellungnahme Bereich Kindertagesstätten:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Oggersheim hat zur Kindergarten- u. Krippenplätzen folgende Fragen:

- Wie sieht derzeit die Versorgung mit Kindergarten- u. Krippenplätzen in Oggersheim aus? Wie viele Plätze fehlen? Wie viel Personal fehlt? Wie viele Gruppen sind nicht besetzt?

- Wie sieht es mit geplanten Neubauten in Oggersheim aus? So an den städtischen Standorten Will-Sohl-Straße und Paracelsusstraße, dem kirchlichen Standort Comeniuszentrum und dem privaten Standort Kegelzentrum am Altstadtplatz.

Wie weit sind hier die Planungen, wann ist mit dem Bau und den Eröffnungen zu rechnen?
Derzeit steht der Bedarfsplan 2025/2026 zur Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss am 27.03.2025 an. Darin werden alle relevanten Daten und Fakten für das Planungsjahr 2025/2026 aktualisiert aufgeführt sein.

Im Vorfeld können wir analog zur Anfrage der SPD mitteilen, dass das ehemalige Kegelcenter in eine Kita mit 125 Ü2-Plätzen umgebaut werden soll. Bauherr und Eigentümer ist die Altstadtplatz GmbH. Nach Fertigstellung soll die Kita von der Stadt Ludwigshafen angemietet und betrieben werden. Für das Projekt wurde beim Landesjugendamt ein Zuschuss in Höhe von 1.062.500 Euro beantragt.

Dieser Zuschuss wird an den Vermieter ausgezahlt und auf den Mietpreis 20 Jahre lang anteilig angerechnet. Mit Schreiben vom 28.02.2025 hat das Landesjugendamt den Vorzeitigen Maßnahmenbeginn genehmigt. Die Baumaßnahmen können somit beginnen. Die Übergabe des Projekts ist für 2026/2027 geplant.

Bezüglich der notwendigen Sanierung der Kindertagesstätte Comenius befinden wir uns im Austausch mit der Kirchengemeinde. Unser letzter Kenntnisstand zu diesem Projekt besagt, dass ein Investor im Auftrag der Kirchengemeinde das Gelände neu überplant und hier der Bau von zwei separaten Kindertagesstätten als Ersatzbauten für die Kindertagesstätten Comenius und Orangerie geplant sind.

Aktuell müssen noch durch den Träger der Stadt Gebäudepläne unter Berücksichtigung von Wegege- rechten, Raumplanungen zur Prüfung und Vorlage beim Landesjugendamt und Kalkulationen vorge- legt werden. Der Träger ist in Bearbeitung und in stetem Kontakt mit der Stadt.

Im laufenden Bedarfsplan im Kindertagesstättenjahr 2024/25 wird der voraussichtliche Bedarf für die Altersklasse der Ü2 Kinder mit 1 140 Plätzen und für die Altersklasse U2 mit 57 beziffert. Damit ergibt sich ein Fehlbedarf für die Altersklasse der Ü2 von 152 und bei U2 ist der Bedarf fast gedeckt. Dem gegenüber stehen 988 Ü2 und 55 U2 Plätze in zwölf Einrichtungen zur Verfügung. Über die konkrete Besetzung kann in der Kürze der Zeit keine fundierte Auskunft gegeben werden.

Neben den derzeit fehlenden Plätzen sind beim notwendigen Ausbau der Kapazitäten in Oggersheim größere geplante Bauvorhaben zu berücksichtigen, besonders die Heinrich-Pesch-Siedlung, ein grö- ßeres Neubauprojekt an der Friedrich-Bassemir-Straße sowie das im Bebauungsplanverfahren befind- liche Neubaugebiet Paracelsusstraße Süd. Gegenwärtig keine Rolle spielt mehr die ehemals vorgese- hene KTS Will-Sohl-Straße, weil mittlerweile die Kinderzahlen in der Melm keinen zweiten Neubau mehr an diesem Standort erfordern.

Der Bauinvestitionsfahrplan wird auf der Grundlage des beschlossenen Bedarfsplans 2025/26 aktuali- siert und über ein weiteres Vorgehen entschieden. Die Kenntnisnahme erfolgt im Jugendhilfeaus- schuss und im Bau- und Grundstücks Ausschuss im Juni.

In diesem Zusammenhang möchten wir noch darauf hinweisen, dass der Bereich Kindertagesstätten alle Ortsvorsteher für den 10. April zum Thema Bedarfsplan eingeladen hat. Der Ortsbeirat bittet darum, die Ortsbezirke gesondert auszuweisen.

zu 14 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Taubenplage in der Wohnbebauung der Bau- und Immobiliengesellschaft Soca-Bau

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion stellt die Anfrage zum Vorgehen der Stadt zur Einschränkung der Tau- benplage der Wohnbebauung ehemals „Neue Heimat“ heute betreut von der Bau- und Immobilienge- sellschaft Soca-Bau

Begründung:

Bereits im Januar 2024 stellte die Fraktion einen Antrag zur Lösung des Taubenproblems in Wohnge- bieten. Ein damals anwesender Bürger berichtet von den Schwierigkeiten im oben genannten Wohn- gebiet. Auch die städt. Betreuung der Taubenplage im Bereich der Langgewann-Schule ist nicht aus- reichend für große Wohngebiet. Die Stadt wurde in der Januar Sitzung gebeten sich mit der Woh- nungsbaugesellschaft Soca-Bau in Verbindung zu setzen, um eine Lösung für die dort wohnenden Bürger zu suchen. Eine Zusammenarbeit wäre wünschenswert, da die städtischen Bemühungen mit der Einschränkung der Taubenpopulation in dieser Gegend erfolgreicher wären.

Deshalb unsere Nachfrage, was seit dieser Zeit an positiven Schritten von der Stadtverwaltung ge- meinsam mit der Firma Soca-Bau und Immobilienbetreuung initiiert wurde?

Stellungnahme Bereich Umwelt:

Die von der Verwaltung eingesetzten Maßnahmen zur Reduzierung der Stadtaubenpopulation im besagten Gebiet, vor allem im Bereich der Langgewannschule sind mittlerweile wirksam. Die Situation hat sich deutlich verbessert. Stadtaubenfrei ist das Gebiet nicht, aber es gibt keine erkennbare

Schwarmbildung wie es bei größeren Populationsdichten der Fall ist. Bei mehreren Begehungen wurden nur noch vereinzelt Stadtauben gesichtet. Es fiel auf, dass es sich bei ca.40 bis 50 % der gesichteten Tauben um Ringeltauben handelt, die Natur- und jagdrechtlich geschützt sind.

Nach Rücksprache mit der Hausverwaltung der Langgewannschule gibt es dort keine Taubenprobleme mehr. Ein Gespräch mit einem Mitarbeiter der Fa. SOCA- Bau ergab, dass vereinzelt Tauben auf Balkonen brüten, wenn die Bewohner diese Balkone längere Zeit nicht nutzen. Eine Taubenplage konnte von dem Mitarbeiter der Fa. SOCA-Bau nicht bestätigt werden.

Wir werden den Stadtaubenbestand in diesem Bereich weiterhin beobachten und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen einleiten.

Frau Weiler wird die Verwaltung darauf hinweisen, sich schriftlich mit der Soca-Bau in Verbindung zu setzen.

zu 15 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Sachstandsbericht Memoriam-Garten auf dem Friedhof Oggersheim

Die CDU-Ortsbeiratsfraktion bittet um einen Sachstandsbericht über den Stand der Umsetzung eines Memoriam-Gartens als Gemeinschaftsgrabanlage auf dem Oggersheimer Friedhofs.

Stellungnahme Bereich Grünflächen und Friedhöfe:

Die Memoriamgärten auf den Friedhöfen in Ludwigshafen werden von der Genossenschaft der Friedhofsgärtner im Lande Rheinland-Pfalz eG mit dem Verein für gärtnerbetreute Grabanlagen Ludwigshafen e.V. errichtet.

Für den Friedhof Oggersheim liegt die Planung vor, sie wurde von der Friedhofsverwaltung freigegeben.

Der Verein der gärtnerbetreuten Grabanlagen hat berichtet, dass für die Ausführung bereits Firmen angefragt wurden, der Auftrag jedoch noch nicht vergeben und daher noch kein Datum für die Fertigstellung vorliegt.

Die Friedhofsverwaltung rechnet jedoch damit, dass der Memoriamgarten 2025 eröffnet wird.

zu 16 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Sachstand Sanierung der Integrierten Gesamtschule Ernst Bloch

Anfrage der CDU Ortsbeiratsfraktion – Sachstand Sanierung der Integrierten Gesamtschule Ernst Bloch

Die CDU-Ortsbeiratsfraktion bittet um einen Sachstandsbericht über die Sanierung der Integrierten Gesamtschule Ernst Bloch (IGSLO) in Oggersheim. Insbesondere auch, da im vergangenen Jahr angekündigt wurde, dass sich die Brandschutzsanierung aufgrund der Einrichtung des Ausweich-

quartiers der Schillerschule an der Gesamtschule um mindestens ein Jahr verzögert.

Gleichzeitig bitten wir auch um Auskunft über die aktuelle Kostenschätzung der Gesamtmaßnahme.

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach Abschluss von Haus 1 wird deutlich, dass der Sanierungsrahmen für Haus 2 umfänglicher ausfallen wird als ursprünglich geplant. Dies erhöht den Planungsaufwand für die Sanierung.

Es muss zunächst die bestehende Vertragslage mit den bereits beauftragten Planungsbüros geprüft und gegebenenfalls angepasst oder auch weitere Aufträge generiert werden, bevor es mit der Planung weitergehen kann.

Gemäß „Richtlinie für klimaneutrale städtische Gebäude“ (Stand August 2022) werden auch die Maßnahmen einer energetischen Sanierung für Haus 2 der IGS Ernst Bloch geprüft. Die energetische Sanierung muss aufgrund der engen Verflechtung mit den bereits im Brandschutz vorgesehenen Maßnahmen zusammen ausgeführt werden. Es sind VGV-Verfahren zur Vergabe von Ingenieurleistungen für die energetischen Sanierungen durchzuführen. Danach erfolgen die weiteren Planungen. Nach Vorlage der Planung können Kostenberechnungen erstellt werden.

Für die Dreifeldsporthalle werden zurzeit die Entscheidungsvorlagen für eine Komplett-Sanierung erarbeitet. Der Brandschutz wurde 2016 ertüchtigt, so, dass die Halle aktuell für den Schulsport und den Vereinssport zur Verfügung steht.

Jedoch haben sich die Anforderungen an eine Versammlungsstätte seit dem Bau der Halle drastisch erhöht, weshalb die Tribüne mit 518 Sitzplätzen im Moment nicht genutzt werden darf.

Momentan laufen im Rahmen vorbereitender Untersuchungen akustische Messungen und deren Auswertung für die Dreifeldsporthalle und das Schwimmhallegebäude.

Planung und Ausschreibung für den Umbau des Ausweichquartiers für den nächsten Bauabschnitt sollen nach Auszug der Schillerschule starten.

Wie schon beschrieben stehen die Gesamtkosten in engem Zusammenhang mit der energetischen Sanierung. Daher können zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Kostenaussagen getroffen werden. Nach den Sommerferien soll es losgehen und der Ortsbeirat bittet um eine Besichtigung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
16:45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 16.04.2025

Gabriele Rogall-Zelt
Schriftführerin

Sylvia Weiler
Vorsitzende